

04.062

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Managed Care

Loi fédérale sur l'assurance-maladie. Révision partielle. Managed Care

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 15.09.04 (BBI 2004 5599)
 Message du Conseil fédéral 15.09.04 (FF 2004 5257)
 Ständerat/Conseil des Etats 05.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 13.06.07 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 04.12.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 04.03.08 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 04.06.08 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 17.09.08 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 18.09.08 (Differenzen – Divergences)
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 24.09.08
 Ständerat/Conseil des Etats 01.10.08 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 01.10.08 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 16.06.10 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 16.06.10 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 16.06.10 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 15.12.10 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 03.03.11 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 30.05.11 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 12.09.11 (Differenzen – Divergences)
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 14.09.11
 Ständerat/Conseil des Etats 14.09.11 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 22.09.11 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 29.09.11 (Differenzen – Divergences)
 Nationalrat/Conseil national 29.09.11 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Text des Erlasses 1 (BBI 2011 7441)
 Texte de l'acte législatif 1 (FF 2011 6849)

Fehr Jacqueline (S, ZH): Die SP-Fraktion lehnt diese Vorlage mehrheitlich ab, weil Patientinnen und Patienten mehr belastet werden und weil uns diese Vorlage noch stärker als heute den Machenschaften der Krankenkassen auslieft. Dies, nachdem die Versicherten schon bei den vorangegangenen Gesundheitsreformen, der Pflegefinanzierung und der Spitalfinanzierung, nicht wie versprochen von tieferen Prämien profitieren, sondern stattdessen mehr aus dem eigenen Portemonnaie bezahlen müssen.

Fünf Argumente gegen die Vorlage in geraffter Form:

1. Patientinnen und Patienten werden mit einem höheren Selbstbehalt belastet oder mit Einschränkungen der freien Arztwahl bestraft.
2. Krankenkassen können uns mit Knebelverträgen mehrjährig an sich binden. Wer aus den Verträgen raus will, muss eine Austrittsprämie bezahlen. Wie hoch diese ist, weiß heute niemand.
3. Krankenkassen werden den Ärztinnen und Ärzten den Tarif durchgeben, denn die Versicherungen müssen die Verträge nicht abschliessen, sie haben Vertragsfreiheit und sind damit am längeren Hebel.
4. Über kurz oder lang werden Durchschnittskosten und Benchmarks die Qualität der ärztlichen Leistungen messen und nicht mehr der eigentliche medizinische Therapieerfolg.
5. Die Arbeit wird sich noch mehr als heute weg von den Patientinnen und Patienten hin zur Bürokratie verschieben. Mit der Vertragsfreiheit der Krankenkassen werden die Verhandlungen zäher und langfristiger. Teuer bezahlte Gesundheitsökonomien und Manager statt Ärztinnen und Ärzte werden letztlich unser Gesundheitswesen prägen. Diese Ent-

wicklung ist im Interesse des Profits im Gesundheitswesen, aber nicht im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Die SP-Fraktion lehnt deshalb diese Vorlage mehrheitlich ab, denn die SP setzt sich ein für eine Politik für alle statt für ein paar wenige Interessengruppen.

Huber Gabi (RL, UR): Nach sieben Jahren haben wir uns endlich auf eine wichtige Reform im ambulanten Bereich des Gesundheitswesens geeinigt. Wir haben uns sogar auf eine Reform geeinigt, welche die Patientinnen und Patienten und die Versicherten in den Mittelpunkt stellt. Auch wenn der Prämienanstieg dieses Jahr so tief wie noch nie ist – es ist ein Anstieg, und jeden Herbst wird die Untätigkeit der Politik beklagt. Die meisten haben verstanden, dass es an der Zeit ist, Verantwortung zu übernehmen und eine Reform zu verabschieden.

Nicht verstanden hat das offensichtlich die SP. Ursprünglich dafür – in ihrem Parteiprogramm werden Versorgungsnetze propagiert –, hat sie ihre Position mit Blick auf die Wahlen und ihre Einheitskrankenkasse-Volksinitiative mit wenig überzeugenden Argumenten geändert. Auch Teile der Ärzteschaft blockieren jegliche Reform. Offenbar will man nicht den Versicherten helfen, ihre Prämienkosten einzudämmen, sondern, im Gegenteil, die Erhöhung der Prämien unterstützen.

Die FDP-Liberale Fraktion will ein qualitativ hochwertiges, koordiniertes, integriertes und effizientes Gesundheitssystem, damit die Finanzierung auch in Zukunft gewährleistet bleibt. Die Managed-Care-Vorlage schafft die Möglichkeit, alle diese Ansprüche zu erfüllen.

Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion und im Interesse der Patientinnen und Patienten bitte ich Sie, diese Vorlage zu unterstützen.

Humbel Ruth (CEg, AG): Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird die KVG-Revision «Integrierte Versorgung» annehmen.

Die Vorlage löst nicht alle Probleme in unserem Gesundheitswesen, aber sie leitet einen Paradigmenwechsel in der ambulanten Versorgung ein, setzt richtige Anreize und nimmt alle Betroffenen – Versicherte, Leistungserbringer und Krankenkassen – in die Verantwortung. Krankenkassen dürfen keine Netzwerke betreiben, und die Leistungserbringer im Netz müssen für die verursachten Kosten Miterantwortung übernehmen. Die Versicherten wählen den Arzt ihres Vertrauens, der sie durch unser kompliziertes Gesundheitswesen steuert und dafür sorgt, dass sie eine gute medizinische Versorgung bekommen und keine Prämien Gelder verschwendet werden. Mit integrierter Versorgung werden Mehrfachuntersuchungen, Falschbehandlungen sowie Übermedikation verhindert, und die Ressourcenverschwendungen im Gesundheitswesen wird gestoppt. Versicherte im Netz profitieren von einer besseren Medizin, von tieferen Prämien und einer tieferen Kostenbeteiligung. Mit einer Verfeinerung des Risikoausgleichs werden sich die Krankenkassen auf gute Behandlungskonzepte für Chronischkranke konzentrieren, die Jagd auf gute Risiken wird gestoppt.

Von Sozialabbau zu sprechen oder eine Einschränkung der freien Arztwahl zu beklagen ist abstrus. Damit redet die SP weiterhin einem Gesundheitswesen das Wort, in dem grundsätzlich und weiterhin das Selbstbedienungsprinzip gelten soll. Das ist weder sozial noch patientenfreundlich, sondern billige Wahlpropaganda, reines Parteikalkül auf dem Weg zur Einheitskasse.

Vor acht Jahren wurde die KVG-Revision in der Schlussabstimmung versenkt. Gern erinnere ich die SP-Fraktion daran, dass ihre Vertreter, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Nationalrat Jost Gross, Vordenker von Managed Care waren und Budgetverantwortung für Ärzte sowie eine differenzierte Kostenbeteiligung von 10 und 20 Prozent ins Gesetz gebracht haben. Es gibt also auch für die SP-Fraktion keinen einzigen sachlichen Grund, dieser ausgewogenen Vorlage nicht zuzustimmen.

Ich bitte Sie, die Vorlage anzunehmen.



Bortoluzzi Toni (V, ZH): Die SVP-Fraktion wird dieser Vorlage mehrheitlich zustimmen. Ich möchte sagen, das ist endlich eine Korrektur im Gesundheitswesen, welche etwas tiefer geht als die bisher doch eher oberflächlichen Massnahmen. Wir wären für weiter gehende Massnahmen eingestanden. Diese haben sich leider nicht durchsetzen lassen. Immerhin, die Richtung dieser Vorlage stimmt. Die Akteure werden vermehrt in die wirtschaftliche Pflicht genommen, und es handelt sich um eine sinnvolle Entwicklung unseres Gesundheitswesens. Zum Schluss: Soziale Aufgaben können nicht der wirtschaftlichen Verantwortung entzogen werden, und diese Vorlage entspricht dieser Forderung. Ich bitte Sie, diese Vorlage zu genehmigen.

1. Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)

1. Loi fédérale sur l'assurance-maladie (Managed Care)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 04.062/6488)

Für Annahme des Entwurfes ... 133 Stimmen

Dagegen ... 46 Stimmen

05.404

Parlamentarische Initiative Roth-Bernasconi Maria.

Verbot von sexuellen Verstümmelungen

Initiative parlementaire Roth-Bernasconi Maria.

Réprimer explicitement les mutilations sexuelles commises en Suisse et commises à l'étranger par quiconque se trouve en Suisse

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 17.03.05

Date de dépôt 17.03.05

Bericht RK-NR 27.03.09

Rapport CAJ-CN 27.03.09

Nationalrat/Conseil national 12.06.09 (Frist – Déjà)

Bericht RK-NR 30.04.10 (BBI 2010 5651)

Rapport CAJ-CN 30.04.10 (FF 2010 5125)

Stellungnahme des Bundesrates 25.08.10 (BBI 2010 5677)

Avis du Conseil fédéral 25.08.10 (FF 2010 5151)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.09.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2011 7409)

Texte de l'acte législatif (FF 2011 6817)

Schweizerisches Strafgesetzbuch Code pénal suisse

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 05.404/6502)

Für Annahme des Entwurfes ... 195 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

08.447

Parlamentarische Initiative SPK-NR.

Schutz der Vertraulichkeit der Kommissionsberatungen und Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Immunität

Initiative parlementaire CIP-CN.

Garantie de la confidentialité des délibérations des commissions et modification des règles légales relatives à l'immunité

Schlussabstimmung – Vote final

Einreichungsdatum 26.06.08

Date de dépôt 26.06.08

Bericht SPK-NR 19.08.10 (BBI 2010 7345)

Rapport CIP-CN 19.08.10 (FF 2010 6719)

Stellungnahme des Bundesrates 20.10.10 (BBI 2010 7385)

Avis du Conseil fédéral 20.10.10 (FF 2010 6759)

Nationalrat/Conseil national 02.03.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 31.05.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.06.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 17.06.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 17.06.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2011 4829)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2011 4477)

Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

2. Geschäftsreglement des Nationalrates (Für die Behandlung von Disziplinarmassnahmen und von Gesuchen um die Aufhebung der Immunität zuständige Ratsorgane)

2. Règlement du Conseil national (Organes du conseil compétents pour l'examen des sanctions disciplinaires et des requêtes visant à lever l'immunité)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 08.447/6489)

Für Annahme des Entwurfes ... 140 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen